

# Aus dem Grazer Gemeinderat

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Die Grazer Gemeinderatssitzung vom 18. Juni 2020 zum Nachlesen.



## Partymeile: KPÖ auf Seite der BewohnerInnen

Die Innere Stadt ist jahraus, jahrein wie kein anderer Grazer Bezirk unzähligen Events und Veranstaltungen ausgesetzt. Nun droht den BewohnerInnen ein nächster Anschlag auf die ohnehin nur äußerst spärlichen Ruhezeiten. ÖVP und FPÖ wollen allen Ernstes den Karmeliterplatz 11 Wochen lang täglich zu einer Partymeile machen.

Die Grazer KPÖ steht hier ganz klar auf der Seite der BewohnerInnen und Bewohner. „Natürlich muss den Wirten in Coronazeiten geholfen werden, und zwar allen und nicht nur jenen, die diese „Partymeile“ bespielen sollen“, setzt sich Stadträtin **Elke Kahr** für eine kluge und nachhaltige Lösung des Prob-



Die von ÖVP und FPÖ geplante Partymeile am Karmeliterplatz sorgt für viel Unverständnis. Für die KPÖ sind die Pläne nicht akzeptabel.

lems ein.

Auch entspricht das Vorhaben nicht den geltenden Veranstaltungsrichtlinien und müsste daher mit ÖVP-FPÖ Mehrheit im Stadtse-nat beschlossen werden“, bringt es Elke Kahr auf den Punkt. Die BewohnerInnen der Innenstadt haben, wie

jene rund um den Lendplatz, dem ein ähnliches Schicksal droht, bereits Bürgerinitiativen gegründet. „Es ist selbstverständlich, dass sich meine Fraktion dafür einsetzen wird, dass zumindest nur eine deutlich abgespeckte Version der geplanten Partymeile realisiert wird“, sagt Elke Kahr.

## Vermögenssteuer ab 1 Mio. Euro einführen!

Auf rund 50 Milliarden Euro belaufen sich mittlerweile die Corona-Staatshilfen. Doch wie sollen diese finanziert werden?

Die reichsten 320 ÖsterreicherInnen besitzen ein Drittel des gesamten privaten Vermögens. Auf der anderen Seite waren schon vor Corona über eine Million ÖsterreicherInnen arm oder armutsgefährdet. Bereits seit Jahren setzt sich die KPÖ für die Einführung einer Vermögenssteuer ein. Dass eine höhere Besteuerung des Vermögens nichts Utopisches oder gar Radikales ist, zeigt der internationale Vergleich. „Während die Steuern auf Arbeit international zu den höchsten gehören, liegt Österreich



bei den vermögensbezogenen Steuern im Schlussfeld“, kritisiert Klubobmann **Manfred Eber**. Rund 11 Milliarden Euro würde der Staat an zusätzlichen Steuergeldern erhalten. Die Corona-Kosten könnten so innerhalb von fünf Jahren gedeckt sein - ganz ohne Sparkurs oder Kürzungen. Eber stellte des-

wegen den Antrag den Bundesgesetzgeber zu einer Steuerreform aufzufordern. Doch ÖVP und FPÖ lehnten den Antrag mit den Worten von ÖVP-Finanzstadtrat Riegler ab, dass es sich dabei lediglich um eine „Bagatellsteuer“ handeln würde und der bürokratische Aufwand viel zu hoch sei.

## Lebensraum Stadt



Was ist eine Stadt? Technisch gesehen ist es eine abgegrenzte Siedlung, die eine eigene Verwaltungs- und Versorgungsstruktur hat. Das Herz allerdings bilden die BewohnerInnen.

Die zunehmenden Events lassen vor allem die Innere Stadt immer mehr zu einem Gastgarten vor historischer Kulisse verkommen. Zahlreichen AnrainerInnen wird wortwörtlich der Schlaf geraubt. Es geht nicht darum, Veranstaltungen zu verteuern. Ganz im Gegenteil: Grätzel- oder Nachbarschaftsfeste von und für BewohnerInnen sollen stärker in den Fokus rücken. Wogegen wir uns aber aussprechen, ist eine Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, der nur einer handvoll Gastronomen nützt.

Es ist keine Frage, dass den Wirten in der schwierigen Zeit geholfen gehört. Erst vor kurzem musste das alteingesessene Gasthaus Scheff seine Pforten schließen. Statt einer Partymeile bedarf es einer nachhaltigen Unterstützung. Wichtig wäre dafür zu sorgen, dass jene Menschen, die durch die Coronakrise empfindliche Einkommenseinbußen hinnehmen mussten, wieder das Geld haben, um sich den Besuch im Wirtshaus leisten zu können.

Schließlich geht der Charme und die Unverwechselbarkeit einer Stadt von den BewohnerInnen und kleinen heimischen Geschäften und Lokalen aus und nicht von Partymeilen.

Ihre Stadträtin  
**Elke Kahr**

